

# AußenwirtschaftsNews – USA

01/2025

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA, China sowie Mittel- und Osteuropa.

## 1 Konjunktur

- Die US-Wirtschaft ist im dritten Quartal 2024 auf Jahresbasis überraschend stark um 3,1 Prozent gewachsen. Dies deutet darauf hin, dass das Jahr 2024 ein weiteres Jahr war, in dem die US-Wirtschaft positiv überraschte, während andere große Nationen mit schleppendem Wachstum zu kämpfen hatten.
- Der Einkaufsmanagerindex des ISM (Institute for Supply Management) für das verarbeitende Gewerbe lag im Dezember bei 49,3 Punkten und damit den neunten Monat in Folge unter der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Verglichen mit dem Novemberwert von 48,4 Prozent zeigt dies aber zumindest eine langsamere Schrumpfung an.
- Nach Trumps Wiederwahl ist das Vertrauen der Topmanager der USA sprunghaft gestiegen. Man hofft, dass der ehemalige Präsident eine Ära niedriger Steuern und Regulierungen einläuten wird. Ökonomen warnen, dass einige von Trumps Vorschlägen die Wirtschaft schädigen werden, doch Unternehmensführer prophezeien für ihre Branchen in den kommenden Monaten bessere Aussichten. Der neueste Konjunkturindex der Lobbygruppe Business Roundtable stieg im Vergleich zum dritten Quartal 2024 um 12 Punkte auf den höchsten Stand seit mehr als zwei Jahren. Chuck Robbins, CEO von Cisco und Vorsitzender des Business Roundtable, erklärte in einer Stellungnahme, die Spitzenmanager fühlten sich durch die Bereitschaft Washingtons, „Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, die die Steuerreform schützen und stärken, ein vernünftiges regulatorisches Umfeld ermöglichen und Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen vorantreiben können“, „motiviert“. Fast 80 Prozent der CEOs der Lobbygruppe erwarten in den nächsten sechs Monaten höhere Umsätze. Im letzten Quartal hatten nur 71 Prozent mit der gleichen Prognose gerechnet. Mittlerweile planen über 40 Prozent eine Erhöhung der Investitionsausgaben. Zuvor hatten nur 35 Prozent diese Aussage gemacht.
- Das japanische Technologieunternehmen Softbank plant massive Investitionen in den USA. Konzernchef Masayoshi Son kündigte gemeinsam mit dem designierten US-Präsidenten Donald Trump Investitionen von 100 Milliarden US-Dollar über vier Jahre in den USA an. Son geht davon aus, dass dadurch etwa 100.000 Jobs mit Fokus Künstliche

- Intelligenz und der damit zusammenhängenden Infrastruktur geschaffen werden. Die Investitionen sollen abgeschlossen werden, bevor Trumps Amtszeit Anfang 2029 endet.
- Trump kündigte außerdem Investitionsvorhaben des VAE-Milliardärs und Gründers der Immobiliengesellschaft DAMAC Hussain Sajwani in Höhe von mindestens 20-Milliarden-Dollar für Rechenzentren für Cloud-Technologien und Künstliche Intelligenz in den USA an. Die erste Phase des Investitionsplans soll in den Bundesstaaten Texas, Arizona, Oklahoma, Louisiana, Ohio, Illinois, Michigan und Indiana umgesetzt werden. (Quelle: [CNBC](#))

## 2 Handelspolitik

- Die US-Regierung hat am 2. Dezember 2024 neue [Beschränkungen für den Export bestimmter Halbleiterchips und -ausrüstungen](#) nach China erlassen. Dies ist das jüngste harte Vorgehen der Biden-Regierung, um die Wettbewerbsfähigkeit Chinas in der Chip-Herstellung einzuschränken. Mehr als 100 chinesische Hersteller von Chip-Produktionswerkzeugen werden durch die neuen Exportkontrollen auf eine schwarze [Handelsliste](#) gesetzt. US-Unternehmen dürfen ihnen damit keine Ausrüstung mehr ohne ausdrückliche Genehmigung liefern, teilte das Bureau of Industry and Security des Handelsministeriums mit.
- Als Antwort auf diese Ankündigungen hat China [erklärt](#), dass bestimmte Mineralien (Gallium, Germanium sowie das Halbmetall Antimon), die zur Herstellung hochentwickelter Halbleiter verwendet werden und in militärischen Anwendungen zum Einsatz kommen könnten, nicht mehr in die USA exportiert werden dürften.
- Die Biden-Regierung kündigte am 11. Dezember 2024 an, dass sie die Zölle auf bestimmte in China hergestellte Solarmodulkomponenten verdoppeln werde. Ab Januar 2025 werden Importe chinesischer Solarwafer und Polysilizium mit einem Zollsatz von 50 statt bisher 25 Prozent belegt. Polysilizium ist eine Siliziumart, die zur Herstellung von Solarmodulen verwendet wird, während Wafer die in den Modulen verwendeten Halbleiter sind. Darüber hinaus kündigte die Regierung eine Erhöhung der Zölle auf bestimmte chinesische Produkte aus dem Mineral Wolfram an, das in der Luft- und Raumfahrt, der Automobilindustrie, der Verteidigung, der Medizin sowie der Öl- und Gasindustrie Verwendung findet. In einer schriftlichen [Erklärung](#) sagte die US-Handelsbeauftragte Katherine Tai, die erhöhten Zölle würden China schaden und US-Investitionen unterstützen. „Diese Maßnahmen werden die inländischen Investitionen ergänzen, die unter der Biden-Harris-Regierung zur Förderung einer sauberen Energiewirtschaft getätigt wurden, und gleichzeitig die Belastbarkeit kritischer Lieferketten erhöhen“, fügte Tai hinzu.
- Das US-Verteidigungsministerium hat am 07. Januar 2025 seine „[Section 1260H List](#)“ aktualisiert. Neu gelistet sind rund 70 chinesische Unternehmen, die mutmaßlich mit dem chinesischen Militär zusammenarbeiten bzw. verbunden sind, darunter der Batteriehersteller CATL, der Techkonzern Tencent, das Chipunternehmen Changxin Memory Technologies Inc. (CXMT), der Telekomausrüster Quectel Wireless, der Drohnenhersteller

Autel Robotics, das Gesichtserkennungsunternehmen SenseTime und Reederei und Hafenbetreiber COSCO. Gleichzeitig wurden sechs Unternehmen von der Liste gestrichen. Bei der Liste handelt es sich in erster Linie um eine „Name and Shame“-Liste. Allerdings hat die Listung Auswirkungen auf Forschungsgelder, die Beschaffung des US-Verteidigungsministeriums und die Auftragsvergabe an Beratungsunternehmen, die mit Section 1260H Unternehmen zusammenarbeiten. Die US-Regierung behält sich zudem vor, gegen die gelisteten Unternehmen zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen. Nähere Informationen dazu hat [Crowell & Moring LLP](#) zusammengefasst.

- Die US-Regierung von Präsident Joe Biden hat neue [Einschränkungen](#) für die Ausfuhr von KI-Technologien vorgestellt. Dabei geht es sowohl um Hochleistungs-Chips für Künstliche Intelligenz als auch um KI-Modelle, mit denen die entsprechende Software läuft. Deutschland gehört zu der Gruppe von 18 verbündeten Ländern, die von den Beschränkungen ausgenommen sind. (Quelle: dpa-AFX)
- Die Biden-Administration hat weitere [Sanktionen](#) gegen die russische Öl- und Energiebranche erlassen. Sanktioniert werden die Ölgiganten Gazprom Neft and Surgutneftegas, 183 Schiffe, mit denen russisches Öl exportiert wird, zwei maritime Versicherungsfirmen, ein Dutzend Ölhändler, Ölfeldbetreiber und Führungskräfte des russischen Energiesektors. Mit den Maßnahmen werden die G7-Vereinbarungen erfüllt, russische Einnahmen aus Erdölexporten zu reduzieren und die Kriegsfinanzierung zu erschweren. Die US-Vermögenswerte der gelisteten Personen und Einrichtungen werden eingefroren. US-Personen ist es untersagt, ihnen Gelder, Güter oder Dienstleistungen bereitzustellen oder von ihnen anzunehmen.

## Ansprechpartner

### Eva Apfel

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482  
eva.apfel@vbw-bayern.de  
www.vbw-bayern.de

### Christoph Kolle

Leiter des vbw Büros New York

Telefon +1 646 237 0410  
christoph.kolle@vbw.com  
www.vbw.com

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.